

ismus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schr  
is. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrifte  
mus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schri  
us. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrift  
mus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrif  
Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schriftenr  
ismus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schr  
is. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrif  
mus. Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus. Schrif  
us. Schrif  
s. Sch  
ismu

## SOZIALISTISCHE DOKUMENTE

# DAS GÖRLITZER PROGRAMM

mus. Schrifte  
ismus. Schri  
mus. Schrif  
s. Schrifte  
ismus. Schr

VERLAG KARL DROTT · OFFENBACH-M

8160

SCHRIFTENREIHE: DEMOKRATIE UND SOZIALISMUS  
HEFT 8

---

SOZIALISTISCHE DOKUMENTE

# DAS GÖRLITZER PROGRAMM

1947

BOLLWERK-VERLAG KARL DROTT, OFFENBACH A.M.

A . 8160

Veröffentlicht unter Zulassungs-Nr. US-W-2023 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung

Printed in Germany. Alle Rechte vorbehalten

Copyright by Bollwerk-Verlag Karl Drott, Offenbach a. M.

Druck : Maindruck, Frankfurt am Main-Fechenheim, Orber Straße 4-6

Auflage: 5000, August 1947

## Inhalt:

	Seite
Vorbemerkung . . . . .	5
Der erste Entwurf der Programmkommission für das Görlitzer Programm . . . . .	7
Die wirtschaftlichen Forderungen:	8
Agrarfragen . . . . .	9
Finanzen . . . . .	9
Verfassung und Verwaltung . . . . .	10
Kommunalpolitik . . . . .	10
Sozialpolitik . . . . .	11
Gesundheitspflege . . . . .	12
Wohnungswesen . . . . .	12
Rechtspflege . . . . .	13
Kulturpolitik . . . . .	14
Völkerbeziehungen und Internationale . . . . .	15
Der geänderte Entwurf der Programmkommission . . . . .	15
Anträge zur Abänderung des Entwurfs zum Görlitzer Programm . . . . .	22
Das Parteiprogramm und der Bericht der Programmkommission . . . . .	39
Diskussion über den Bericht der Programmkommission . . . . .	42
Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das auf dem Görlitzer Parteitag beschlossen wurde . . . . .	66
Eine Pressestimme: Enttäuschung und Hoffnung . . . . .	70

## Quellen:

- Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Görlitz 1921, erschienen im Verlag I. H. W. Dietz Nachfolger Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts Berlin, Berlin 1921
- „Volksstimme“, Sozialdemokratisches Organ für Südwestdeutschland, 32. Jahrgang, Nummer 225 vom 26. September 1921  
Erscheinungsort: Frankfurt am Main

## Vorbemerkung.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie nach dem ersten Weltkrieg galt für die Sozialdemokratische Partei noch immer das Erfurter Programm aus dem Jahre 1891. Es war im Gegensatz zum Gothaer Programm kein Kompromiß zwischen Ideen Ferdinand Lassalles und Karl Marx', sondern eindeutig aufgebaut auf den Marx'schen Theorien. Der Wert des Erfurter Programms hat vor allem darin bestanden, daß es die Anhänger und Gegner der Sozialdemokratie zwang, sich mit diesen Theorien zu beschäftigen — gerade dieses Vertrautmachen mit den Erkenntnissen Karl Marx' und Friedrich Engels' gab dem Sozialdemokraten neben dem geistigen Rüstzeug vor allem die Gewißheit der besseren Zukunft, in der es keine Klassenunterschiede mehr gibt.

Solange die deutsche Sozialdemokratie in Opposition zur Regierung stand, genügte dieses Programm, obwohl schon lange vor dem ersten Weltkrieg eine ganze Reihe Kritiker forderten, daß das Programm den veränderten Verhältnissen angepaßt werden müsse. Aber es kam zu keiner Reform des Programms. Diese Tatsache spricht gegen die damalige Sozialdemokratie. In den Jahren von 1891 bis 1921 ist die Entwicklung nicht stehen geblieben. Gewiß haben eine Reihe grundsätzlicher Forderungen des Erfurter Programms ihre Gültigkeit behalten, aber eine ganze Anzahl damaliger Formulierungen waren überholt. Die Sozialdemokratie hatte vor dem ersten Weltkrieg bereits in einer ganzen Reihe von Städten durch die Gemeindeparlamente einen starken Einfluß auf die Gestaltung des Kommunallebens, aber das Parteiprogramm wurde nicht verändert.

Es ist dabei interessant, daß das Erfurter Programm bereits zu dem Zeitpunkt nicht mehr aktuell war, als es angenommen worden ist. Dieses Programm lehnt sich in seinem grundsätzlichen Teil aufs engste an die Lehre Karl Marx', wie er sie in seinem 1. Band des „Kapital“ niedergelegt hat. Nun hat jedoch Karl Marx diesen 1. Band bereits im Jahre 1867 niedergeschrieben. Jeder, der sich mit Karl Marx des näheren beschäftigt hat, weiß, daß der rastlos forschende und studierende sozialistische Vorkämpfer in den folgenden Jahrzehnten manche neue Erkenntnisse gewonnen hat — Erkenntnisse, die um 1867 überhaupt nicht gefolgert werden konnten, weil eine Reihe Probleme damals noch nicht vorhanden waren. Die Zeit von 1867 bis 1891 brachte vor allem nach dem Kriege 1870/71 eine stürmische Aufwärtsentwicklung des liberalen Kapitalismus, sie zeigte aber auch bereits die verhängnisvolle Krisenanfälligkeit der ungebundenen Privatwirtschaft mit ihren Kapitalfehlentkungen, Absatzstockungen, Zusammenbrüchen und einer bisher ungekannten Massenarbeitslosigkeit.

Ein noch größerer Widerspruch war dadurch gegeben, daß bereits ein gewisses Gegengewicht gegen die Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaft seitens der bürgerlichen Parteien geschaffen wurde, um ein weiteres Anwachsen der Sozialdemokratie zu vermeiden. Es wurde neben der Sozialversicherung ein für damalige Verhältnisse durchaus beachtliches Arbeiterschutzgesetz geschaffen, die Arbeitszeit wurde verkürzt, die Sonntagsruhe durch Verordnungen in zahlreichen Berufen verankert, Frauen- und Kinderarbeit in einer Reihe Gewerbe verboten. Dadurch wurden bereits die schlimmsten Auswirkungen des liberalistischen Kapitalismus beseitigt, gleichzeitig wurde damit auch der Verelendung, der Proletarisierung der Arbeiterschaft entgegengewirkt. Auf alle diese Dinge ging das Erfurter Programm überhaupt nicht ein.

Je stärker aber auch die berechtigte Kritik gegen das Erfurter Pro-

gramm wurde, umso klarer wurde erkannt, daß es ein ausgezeichnetes Agitationsprogramm war. Es hat die Nachteile des liberalistischen Kapitalismus für die breite Masse des Volkes zwar überbetont, aber diese Schäden umso überzeugender herausgestellt.

Mit diesem Programm trat die Sozialdemokratie 1918 das Erbe des Monarchismus an. Es mußte eine völlig neue Plattform gefunden werden für ein Programm, das den veränderten Voraussetzungen Rechnung trug.

Die damalige Zeit nach dem Zusammenbruch der deutschen Monarchie hat manche Ähnlichkeit mit der Zeit nach der Zertrümmerung des Nationalsozialismus. Die deutsche Sozialdemokratie beschloß damals das Görlitzer Programm, heute steht sie vor ähnlichen Fragen wie im Jahre 1921.

Programme sollen und müssen für eine längere Zeitspanne unveränderliche Gültigkeit bewahren. Das Görlitzer Programm hat sich nicht bewährt, es ist auch bald durch das Heidelberger Programm abgelöst worden. Wo alles in Fluß, alles in Bewegung ist, kann kein fester Grund gefunden werden. Ein Programm, das nur Augenblickswert hat, ist keines. Karl Marx hat dies sehr deutlich und überzeugend ausgedrückt in seiner Kritik am Gothaer Programm, die aber damals nicht beachtet wurde, weil die Einigung zwischen Lassalleanern und Eisenachern den führenden Köpfen wichtiger erschien als das Programm.

Trotz allem war jedoch das Görlitzer Programm ein beträchtlicher Fortschritt gegenüber den vor drei Jahrzehnten festgelegten Grundsätzen. Aber wie war auch in den drei Jahrzehnten zwischen den beiden Programmen das Bild ein völlig anderes geworden! 1891 fiel gerade das Sozialistengesetz Bismarcks, mit dessen Hilfe die sozialdemokratische Bewegung ausgerottet werden sollte, wo die sozialdemokratische Presse und jede Agitation verboten war, wo Polizei und Staatsanwalt die sozialistische Arbeiterschaft knebelte und verfolgte — im Jahre 1921 hatte die Sozialdemokratie eine Macht in den Händen, die sie zugunsten der breiten Masse des Volkes in die Waagschale werfen konnte. Für das neue Programm bedeuteten diese veränderten Verhältnisse eine grundsätzliche Abkehr vom früheren agitatorischen Standpunkt, die bisherige Taktik des Ablehnens, des Kritisierens und des Nur-Forderns war überholt. Das Görlitzer Programm mußte die Mitarbeit bejahen, mußte grundsätzlich bereit sein, an der Regierung teilzunehmen und für das, was durchgeführt wurde, auch einzustehen.

Von dem bisherigen Eriurter Programm konnte damit in Görlitz zwar noch manches übrig bleiben, aber es begann eine völlig andere Entwicklung als bisher.

Der studierende Leser wird aus den Anträgen und der Aussprache feststellen, welche Schwierigkeiten es zu überwinden galt. Es kam hinzu, daß damals die Sozialdemokratie noch in die sogenannten Unabhängigen und Mehrheitssozialisten gespalten war, die sich aber bald nach dem Görlitzer Parteitag wieder vereinigten. Diese Debatten und Anträge sind vor allem deshalb besonders interessant, weil die deutsche Sozialdemokratie nach dem Ende des sogenannten „Dritten Reiches“ vor ähnlichen Problemen steht.

Sämtliche Anträge und Reden sind ungekürzt den Protokollen entnommen, irgendwelche Auslassungen sind nicht vorgenommen. Aus der sozialdemokratischen „Volksstimme“ vom 26. September 1921, die in Frankfurt am Main herausgegeben wurde, findet der Leser noch eine ungekürzte Kritik des Parteitagbeschlusses über das neue Programm, die das Bild abrunden möge.

Der Herausgeber.

## **Der erste Entwurf der Programmkommission für das Görlitzer Programm.**

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes, sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgabe als unfähig erwiesen. Anstatt den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern, hat sie die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Überfluß lebender Kapitalisten stehen große, mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber.

Der Weltkrieg und das Versailler Diktat haben diese Entwicklung verschärft. Schroffer denn je stehen sich Kapital und Arbeit gegenüber. Die in dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründeten Tendenzen der fortschreitenden Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen sind noch verstärkt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und mit Vernichtung bisher selbständiger Existenzen.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens, indem sie den Einfluß des großen Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen steigert, zu imperialistischer Ausdehnung, zur Eroberung neuer Anlagen- und Absatzmärkte, sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört welterschütternde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe — soweit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind oder eine das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Machtstellung haben — in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel überführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aus- und Aufbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Hierzu ist unerläßlich die entschiedenste Förderung des Genossenschaftswesens sowie der wirtschaftlichen und politischen Widerstandsorganisationen der Klasse des arbeitenden Volkes, ferner die Festigung der deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch zur Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Wie im Interesse des deutschen Volkes, so ist im Interesse aller Kulturvölker eine Revision des Gewaltfriedens von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und nationaler Selbstbestimmung geboten. Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die darauf in den einzelnen Ländern gerichtete Arbeit ist aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst. Das gilt vor allem für die politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter, wie es grundsätzlich in den Beschlüssen der im August 1920 zu Genf reorganisierten Internationale zum Ausdruck gebracht ist.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Vertreterin des werktätigen Volkes:

## **Die wirtschaftlichen Forderungen:**

Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß:

1. Das Interesse der Allgemeinheit dem des einzelnen oder dem einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen ist.

2. Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt die Zusammenfassung der Betriebe und die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes.

Insbesondere sind die Bodenschätze und die Naturkräfte der privaten Ausbeutung zu entziehen, um sie im Dienst der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Bei allen Maßnahmen der Gemeinwirtschaft soll die möglichst hohe Ergiebigkeit in der Produktion und die soziale Besserstellung der Arbeiter und Angestellten gewährleistet werden.

3. Staatliche Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Syndikate, Trusts).

4. Ausbau der Betriebe des Staates und der sonstigen öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung.

5. Förderung der Verbrauchergenossenschaften, die nicht die Erzielung von Profit, sondern die uneigennütige Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zur Aufgabe haben.

6. Bewegungsfreiheit für die geschäftliche Leitung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe unter Fernhaltung bureaukratischer Erschwerung.

Regelung der Arbeitsbedingungen in gemeinwirtschaftlichen Betrieben durch Körperschaften, in denen zusammengefaßt die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in gleicher Weise beteiligt werden wie die Verwaltung der Betriebe.

Berufungsmöglichkeit gegen die Entscheidung dieser Körperschaften an eine Zentralinstanz.

Preisregelung unter Kontrolle des Staates bzw. anderer öffentlicher Körperschaften durch Vertretungen der Berufsmitglieder der weiterverarbeitenden Gewerbebezüge und der Verbraucher.

7. Entschädigung bei der Überführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum an den bisherigen Besitzer im Umfange des tatsächlichen Aufwandes der geistigen und körperlichen Arbeit.



## Agrarfragen.

Im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Beseitigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenspekulation fordert die Sozialdemokratische Partei:

1. Für den Kleinbesitz den genossenschaftlichen Betrieb zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und anderer landwirtschaftlicher Bedarfsartikel.

Organisation des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die Genossenschaften; wo es im Allgemeininteresse liegt, Bildung von Zwangsgenossenschaften.

2. Enge Beziehungen der genossenschaftlichen Unternehmungen der Landwirtschaft zu den Konsumvereinen in den Städten.

3. Bereitstellung staatlicher Mittel für die Anleitung und Belehrung über die intensive Ausnutzung des landwirtschaftlichen Betriebes.

4. Allmähliche Überführung des Großgrundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform.

5. Förderung der Siedelung.

Urbarmachung von Oedländereien mit finanzieller Unterstützung des Reichs, der Länder und der Gemeinden.

Enteignung und planmäßige Bewirtschaftung unwirtschaftlich betriebener Landgüter durch Ueberleitung in genossenschaftliche Betriebe.

6. Keine Ueberführung des Grund und Bodens, der sich bereits im Besitz von Reich, Ländern oder Gemeinden befindet, in Privateigentum.

7. Verleihung eines weitgehenden Enteignungs- und Vorkaufsrechts gegenüber dem Grundbesitz zugunsten des Reichs, der Länder und Gemeinden.

8. Beleihung des Grundbesitzes durch eine staatliche Grundrentenbank. Übernahme der Sicherheit über eine bestimmte Beleihungsgrenze durch Staat oder Gemeinden.

9. Seßhaftmachung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Begünstigung der Rückwanderung der Arbeiter von der Stadt auf das Land durch gute Wohnungsfürsorge, ein geregeltes, freies Vertragsverhältnis, welches insbesondere die Sicherstellung des eigenen Bedarfs aus der landwirtschaftlichen Produktion und die Haltung eines eigenen Viehstandes gewährleistet.

## Finanzen.

Die Bedingungen und Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages bestimmen in hohem Maße die finanzpolitischen Verpflichtungen des Deutschen Reiches und die Wege, die zur Aufbringung der Mittel für die Reparation eingeschlagen werden müssen. Nur ein schmaler Weg bleibt frei für eine selbständige Finanzpolitik des Reiches und damit für programmatische Forderungen der Partei.

Die Sozialdemokratische Partei muß auch in diesem eng begrenzten Rahmen Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern wie ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals erstreben.

Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwenderischen Ueberschweres, daneben progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen, insbesondere an der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft sind als unerläßliche Forderungen zu betrachten.

## Verfassung und Verwaltung.

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik. Heranziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der Deutschen Republik zum Einheitsstaat. Einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger, ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsständische Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

## Kommunalpolitik.

### I. Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung.

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der jederzeitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter. Straflosigkeit für Äußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunal-einheiten und Vereinigung von leistungsunfähigen Zwerggemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

## II. Gemeindefinanzen.

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichssteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wegebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

## III. Schulwesen.

Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

## IV. Wirtschaftsbetriebe.

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

## Sozialpolitik.

1. Zur Steigerung der Arbeitskraft und Arbeitsfreude einen wirksamen Arbeiterschutz und Ausbau der Sozialversicherung auf nationaler und internationaler Grundlage. Weitgehende Vollmachten für das internationale Arbeitsamt zur Verwirklichung dieser Aufgaben.

2. Ein einheitliches Arbeitsrecht.

3. Sicherung des Koalitionsrechtes.

Insbesondere fordern wir:

a) Gesetzliche Festsetzung eines Normalarbeitstages von höchstens 8 Stunden; Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit der darin Beschäftigten.

b) Verbot der für Leben und Gesundheit der Beschäftigten gefährlichen Arbeitsmethoden, sofern durch eine Umstellung des Betriebes die Gefahr beseitigt werden kann.

c) Verbot der Nachtarbeit, sofern sie nicht durch technische Gründe oder im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt bedingt ist; unbedingtes Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche.

d) Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr.

e) Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

f) Für jeden Beschäftigten eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche.

g) Barzahlung des Lohnes oder Gehalts. Bei einer Dienst- oder Werkwohnung Unabhängigkeit des Mietvertrags vom Arbeitsverhältnis.

h) Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch Gewerbe- und Handelsinspektionen.

4. Errichtung von Reichs- und Bezirkswirtschafts- und lokalen Arbeiterräten, die den Arbeiterschutz durchzuführen haben und denen die Ermittlung über Arbeits- und Wohnverhältnisse, wie überhaupt der sozialen Verhältnisse in Stadt und Land obliegt.

5. Umgestaltung der Arbeiterversicherung unter Zusammenfassung aller Versicherungsträger mit den Trägern der Kriegsbeschädigten-, Erwerbslosen-, Armen- und sonstigen Fürsorge zu einer allgemeinen Volksfürsorge.

Als vorläufige zu diesem Ziel führende Maßnahmen: Vereinheitlichung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Selbstverwaltung der Versicherungsträger, Ausdehnung der Versicherung auf alle Erwerbstätigen und Bedürftigen, Anpassung der Leistungen der verschiedenen Versicherungsträger aneinander, allgemeine Einführung der Familienversicherung als Regelleistung der Krankenkassen.

Ausdehnung des Begriffs Betriebsunfall auf die Berufskrankheiten und alle sonstigen beruflichen Schädigungen.

Ausbau des vorbeugenden Heilverfahrens und der Einrichtungen zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen.

Allgemeine Mutterschaftsversicherung und Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Arbeitslosenversicherung.

Schaffung von Zweckverbänden als Ausführungsorgane sämtlicher sozialer Leistungen.

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtengewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

## Gesundheitspflege.

Übernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Übernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land. Eingliederung der Aerzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsteilung und Arbeitersparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter Totenschau.

## Wohnungswesen.

1. Vergesellschaftung des Grund und Bodens.

2. Vergesellschaftung des Wohnungswesens. Überführung der Mietwohnungen und der für den Wohnungsbau notwendigen Grundstücke in die Verwaltung und den Besitz von öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Wohnungsbau und Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel durch diese Körperschaften.

3. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungs- und Siedlungswesens.
4. Bekämpfung der Wohnungsnot durch planmäßige Siedlungspolitik auf der Grundlage gartenstädtischer Ansiedlung. Förderung einer gesunden Verkehrspolitik und einer zweckmäßigen Dezentralisation der Industrie.
5. Bekämpfung des Wohnungselends durch Beseitigung ungesunder Wohnstätten. Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.
6. Errichtung eines Reichssiedlungsamtes, sowie von Landes- und Ortssiedlungsämtern. Betrauung dieser Aemter mit der Aufsicht über das gesamte Wohnungs- und Siedlungswesen.
7. Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

NB. Der Vorschlag unter Ziffer 1 wird zurückgezogen, falls er von der Unterkommission für das Agrarprogramm vorgeschlagen sein sollte.

## Rechtspflege.

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich, als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, schließlich Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozeß fordern wir: gleiche Rechtssicherheiten für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güteverfahren für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerechts der Armen.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung; Wiedergutmachung neben oder statt der Strafe; Berücksichtigung des Rechts-

irrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaße; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; einheitlicher Ausbau des Wucherstrafrechts; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzuges; Beseitigung roher Disziplinarstrafen; Heilung oder Verwahrung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: ein besonderes Arbeitsgesetzbuch; ein besonderes Miet- und Wohnungsgesetzbuch; Neuordnung des Rechts der Hausangestellten; Einschränkung des freien Vertrages nach sozialem Bedürfnis; Neuregelung des Bodenrechts im Sinne des Oberigentums der Allgemeinheit; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz auch des abhängigen Erfinders; Neuordnung des Irrenrechts.

## Kulturpolitik.

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft Familienerziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

Das Ziel der Erziehung ist der sozialistische Mensch, die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft, der Gemeinschaft auf dem Boden der Arbeit.

Mittel aller Erziehung ist selbstgestaltendes Gemeinschafts- und Arbeitsleben, die Schule eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

Neben dem einheitlichen Bau des Bildungswesens von der Grundschule bis zur Hochschule dienen besondere Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen der Ausbildung zu führender Arbeit im Gemeinschaftsleben und zu schöpferischer Mitarbeit an der sozialistischen Zukunftskultur.

2. Die Jugendhilfe ist zu einem selbständigen öffentlichen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten.

Sie beginnt mit dem werdenden Kind und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die Jugendbewegung, das sich nach eigenem Gesetz gestaltende Persönlichkeits- und Gemeinschaftsleben der Jugend, ist als schöpferische Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung zu werten.

4. Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteiache, nicht Staatssache.

Trennung von Staat und Kirche.

Weltlichkeit der Schule.

Anerkennung jeder überkommenen oder werdenden Ueberzeugung.

## Völkerbeziehungen und Internationale.

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.
2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinen Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.
3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.
4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.
5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.
6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.
7. Eine von den Grundsätzen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.
8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.
9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

## Der geänderte Entwurf der Programmkommission.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre ernste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich als unfähig erwiesen, den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten steht die große Mehrheit der mit Not und Elend Kämpfenden gegenüber.

Der Weltkrieg und die Friedensdiktate haben die kapitalistische Entwicklung noch verschärft. Die in den Wegen der kapitalistischen Wirtschaft begründete fortschreitende Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische

Gruppen ist noch beschleunigt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: Weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und die Vernichtung bisher selbständiger Existenzen. So weitet sich die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitz und Nichtbesitz.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, ja gesellschaftsschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens durch den Einfluß des Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen zu imperialistischer Ausdehnung, zu Eroberung neuer Anlage- und Absatzmärkte. Sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört weiterschütternde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe durch Sozialisierung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Gemeinwirtschaft übergeführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Auf- und Ausbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit entwickelt und zu lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden.

Hierzu wirken geistig befruchtend, wirtschaftlich erziehend, die Kampfkraft gegen den Kapitalismus stärkend die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Ferner ist unerlässlich die Festigung der Deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch der Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die auf die Verwirklichung des Sozialismus gerichtete Arbeit bleibt aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und die internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, stellt die Sozialdemokratische Partei als Aktionsprogramm und als Ziel ihres Wirkens Forderungen auf.

### **Die wirtschaftlichen Forderungen**

sind:

Die Bodenschätze und Naturkräfte sind der privaten Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.



Alles Privatbesitz, an kapitalistischen Produktionsmitteln, vor allem die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts, solange sie noch nicht in öffentliche Betriebe überführt sind, sind vom Reiche zu kontrollieren, in der Leistungsfähigkeit zu steigern und in ihrer Preisregelung zu beaufsichtigen.

Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reiches und aller Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung und unter Vermeidung der Bureaukratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Verbrauchergenossenschaften.

**Für die landwirtschaftliche Produktion und für die in ihr Beschäftigten** fordert die Sozialdemokratische Partei:

Erleichterung des schweren Daseinskampfes des Kleinbesitzes, vor allem Förderung des genossenschaftlichen Betriebes zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, zum Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln.

Bis zur Sozialisierung des Getreidehandels die Organisation des Verkaufes landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Genossenschaften der Landwirte, eventuell durch Zwangsgenossenschaften. Förderung der Siedlungen unter Wahrung der höheren Rechte der Allgemeinheit.

Intensivierung der Landwirtschaft und Vermehrung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens mit finanzieller Unterstützung des Reiches, der Länder und Gemeinden. Kontrolle der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, Vorkaufsrecht von Reich, Ländern und Gemeinden bei jeder Besitzänderung.

Maßnahmen gegen Veräußerung von Grund und Boden, der dem Reich oder anderen öffentlichen Körperschaften gehört.

Sozialisierung des Großgrundbesitzes und Anbahnung der Sozialisierung des Hypothekenwesens.

### **Zur Ordnung der Reichsfinanzen**

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.

Sonderbesteuerung der von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffenen Vermögensbestandteile.

Ausreichende Besteuerung der landwirtschaftlichen Ueberschußwirtschaft.

Sicherung der Steuerzahlungen und Weiterbesteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie ihre Anpassung an die Wertveränderung und Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals.

Erhöhte Besteuerung jedes verschwenderischen Ueberschusses.

Fortschreitende Erfassung der Steuer an der Quelle.

**Für den Ausbau der Verfassung und Demokratisierung der Verwaltung** fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik, Heranziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der deutschen Republik zum Einheitsstaat, einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbänden (Kreise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems, Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrungen. Ersetzung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik mißbrauchen, durch zuverlässige Republikaner. Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählte Volksvertretung.

6. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsständige Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

### **Für die Kommunalpolitik**

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

#### **I. Als Grundsätze der Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung :**

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung, Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter. Straflosigkeit für Äußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunal-einheiten und Vereinigung von leistungsfähigen Zwerggemeinden. Übertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Bestätigungsrechts der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

## **II. Für die Gemeindefinanzen:**

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichssteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wegebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

## **III. Für das Schulwesen:**

Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

## **IV. Für die Wirtschaftsbetriebe:**

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

### **Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik**

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Ein einheitliches Arbeitsrecht auf den Grundlagen wirksamer Arbeiterschutzbestimmungen. Einheitliche durch die Einführung der Arbeitslosen- und Familienfürsorge, der Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaute soziale Versicherung.

Einschneidende Sonderbestimmungen, vor allem Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit, Verbot der Nacharbeit, der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in Betrieben von besonderer Gesundheitsschädlichkeit und hoher Unfallgefahr. Aeufferste Beschränkung der Nacharbeit für erwachsene Männer, Verbot der Nacharbeit für alle übrigen Beschäftigten.

Neuordnung des Rechts der Hausangestellten.

Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden.

Ueberführung der Heimarbeit in geschlossene Betriebe.

Besondere Fürsorge kinderreicher Familien.

Im besonderen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

**für die Beamten des Reiches und aller anderen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen:**

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtengewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

### **Für den Ausbau und die Verbesserung der Gesundheitspflege**

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieben unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischer Wirt-

schaftsform. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Uebernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land, Errichtung von Entbindungsanstalten bis zur völligen Deckung des Bedürfnisses. Eingliederung der Aerzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsteilung und Arbeitersparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter ärztlicher Totenschau. Neuordnung des Irrenrechts.

### **Zum Wohnungswesen**

stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Forderungen auf:

Ein besonderes Wohnungsgesetzbuch. Vergesellschaftung des Wohnungswesens und Ersetzung ungesunder Wohnungen. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht, Wohnungspflege und Siedlungswesen.

Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht.

Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

### **Zur Umgestaltung der Rechtspflege**

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Ausbau der Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozeß fordern wir: gleiche Rechtssicherheiten für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güteverfahren für alle Streitigkeiten, Vertretungsrecht für Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerechts der Unbemittelten.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung

der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung, Einschränkung der Abtreibungsstrafen; Berücksichtigung des Rechtsirrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaße; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs; Beseitigung röher Disziplinarstrafen; Heilung oder Verwahrung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: Einschränkung des freien Vertrages nach dem sozialen Bedürfnis; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Verbot der körperlichen Züchtigung in Schulen und Erziehungsanstalten; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz abhängiger Erfinder gegen Ausbeutung.

### **Zur Kulturpolitik**

fixiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Standpunkt in nachstehenden grundsätzlichen Festlegungen und Forderungen:

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.
2. Jugendhilfe ist zu einem selbstständigen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten. Sie beginnt mit dem werdenden Kinde und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.
3. Die öffentliche Schule ist zur weltlichen Einheitsschule auszugestalten, Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsstätten der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter. Zuziehung des Laienelements, Elternräte.
4. Körperliche Erziehung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.
5. Gesinnungs- und erkenntnismäßige Erziehung zum Frieden.
6. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
7. Ermöglichung des Aufstiegs zur Führerschaft in der Wirtschaft durch Betriebsräteschulen, wirtschaftliche Volkshochschulen, Arbeiterakademien.
8. Popularisierung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, Erschließung der Kunstschatze der Museen und Galerien für die Allgemeinheit, Wanderausstellung in der Provinz, Ausbau der Volksbühnen und der Volkskonzerte, Pflege der Heimatkultur.
9. Religion ist Privatsache. Sache innerer Ueberzeugung, nicht Partei-sache, nicht Staatssache, Trennung von Staat und Kirche.

## **Die Völkerbeziehungen und Internationale**

erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach nachstehenden Grundsätzen zu ordnen:

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.
2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinem Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.
3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.
4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.
5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.
6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.
7. Eine von den Grundsätzen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.
8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.
9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

### **Anträge zur Abänderung des Entwurfs zum Görlitzer Programm.**

**Koblenz:** Der dem Parteitag vorliegende Programmentwurf stellt wertvolles Material für ein neues Parteiprogramm dar. Er wird der vom Parteitag zu bildenden Programmkommission überwiesen. Die Kommission und der Parteivorstand haben frühzeitig den hiernach ausgearbeiteten Entwurf in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen.

**Elberfeld:** Der Programmentwurf sowie sämtliche dazu gestellten Anträge sind der Programmkommission als Material zu überweisen.

Ein neuer Programmentwurf nebst Kommentar ist im Einverständnis mit dem Parteivorstand mindestens 4 Monate vor Stattfinden des nächsten Parteitages zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen.

**Göppingen:** Die Wahlkreiskonferenz des 12. württembergischen Landtagswahlkreises Göppingen-Geislingen anerkennt die in dem vorgelegten Entwurf zum neuen Parteiprogramm geleistete Arbeit. Sie hält den Entwurf aber in seiner gegenwärtigen Form zur Annahme nicht für geeignet. Der Parteitag möge daher beschließen: Der Entwurf hat als Grundlage für die weitere Beratung bis zum nächsten Parteitag zu die-

nen. Der Parteitag erklärt, daß das neue Programm ein klares Bekenntnis der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln, enthalten muß.

Dresden: Der von der Programmkommission ausgearbeitete Entwurf zum neuen Parteiprogramm ist, trotz der vielen mühevollen Arbeit, die in ihm enthalten ist, infolge seiner inneren Widersprüche und Halbheiten vom Parteitag abzulehnen. Der Parteitag möge eine neue Programmkommission erwählen, die vor allen Dingen in der Frage der Sozialisierung und in den Fragen der Kulturarbeit unserer Partei, genaue Richtlinien gibt. Aufgabe des Parteitages muß es zunächst sein, sobald als möglich ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches der Partei ermöglicht, klare Marschrouten zu befolgen.

Weimar: Der vorliegende Entwurf ist abzulehnen; das alte Programm in seinen wesentlichsten Teilen ist beizubehalten. Erforderlich ist dagegen ein Aktionsprogramm, zu welchem einzelne Teile des Entwurfs benutzt werden können.

Preetz: Eine bessere und klarere Fassung des Programmentwurfs. Vor allen Dingen muß der Klassenkampf schärfer hervorgehoben werden.

Köln und Koblenz: Der dem Parteitag vorliegende Programmentwurf stellt wertvolles Material für ein neues Parteiprogramm dar. Er wird der von Parteitag zu bildenden Programmkommission überwiesen. Die Kommission und der Parteivorstand haben frühzeitig den hier nach ausgearbeiteten Entwurf in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen.

Stuttgart: Der Parteitag wolle beschließen: 1. Das Parteiprogramm in Görlitz noch nicht endgültig festzusetzen, jedoch die nötigen Vorarbeiten für ein neues Programm zu treffen. 2. Ein wirtschaftliches Aktionsprogramm für die kommenden Aufgaben und Kämpfe auszuarbeiten.

Lüneburg: Die am 31. Juli 1921 in Lüneburg tagende Unterbezirkskonferenz (Bezirk Hannover) erblickt in dem vorliegenden Entwurf eines neuen Parteiprogramms eine wenig geeignete Grundlage für ein neues Parteiprogramm, da sie in dem Entwurf eine grundsätzliche Klarheit und Herausarbeitung sozialistischer Grundgedanken vermißt. Die Unterbezirkskonferenz erwartet vom Parteitag in Görlitz, daß er den Entwurf an die Programmkommission zurückverweist, und damit die Schaffung eines neuen Programms überhaupt noch zurückstellt.

Salzungen: Die am 23. Juli 1921 tagende Versammlung des Bezirksvereins Salzungen befaßte sich eingehend mit dem zur Debatte stehenden Entwurf eines sozialdemokratischen Parteiprogramms. Sie setzt in ihrer überwiegenden Mehrheit das Vertrauen in die Beratungen des Parteitages, daß eventuelle Mängel in diesem Entwurf nach gründlicher Beratung beseitigt werden.

Die anwesenden Genossen und Genossinnen bringen zum Ausdruck, daß in dem grundsätzlichen Teil des Entwurfes in markanten Worten die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat geschildert werden. Es wird aber der Weg, auf welchem der Sieg des Proletariats erreicht und die im Entwurf festgelegten Forderungen durchgeführt werden können, vermißt.

Um Mißverständnissen über den Charakter unserer Partei und allzu philanthropischen Auslegungen des Programms vorzubeugen, beantragt die Versammlung, daß noch folgendes den grundsätzlichen Forderungen hinzugefügt werden möge:

Der Kampf des Proletariats gegen seine Ausbeuter führt notwendigerweise zur schärfsten Auseinandersetzung. Die Bourgeoisie ist Verteidiger des Privateigentums und somit für Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Befreiung der proletarischen Klasse nur ihr eigen Werk ohne Hilfe anderer Klassen.

Darmstadt: Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm erscheint sowohl in seinem grundsätzlichen wie auch praktischen Teil nicht geeignet, als brauchbare Grundlage für ein zukünftiges sozialdemokratisches Programm zu dienen. Aus diesem Grunde nimmt der Parteitag davon Abstand, schon in diesem Jahre ein endgültiges Programm zu beschließen.

Um aber den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, ist es notwendig, ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches in der nächsten Zeit der Partei als Richtschnur und Wegweiser dienen kann. Zur Ausarbeitung eines diesbezüglichen Entwurfs wird bei Beginn des Parteitages eine Kommission gebildet, welche nach Erledigung der ersten vier Tagesordnungspunkte ihre Arbeit dem Parteitag zur Diskussion und Beschlußfassung zu unterbreiten hat. Die endgültige Programmrevision wird auf mindestens ein Jahr zurückgestellt.

Königsberg i. Pr.: Der Sozialdemokratische Verein Königsberg ist der Ansicht, daß der gegenwärtige Zeitpunkt denkbar ungeeignet zur Schaffung eines Programms ist. Die ungeklärten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten nicht, schon heute theoretische Richtlinien für die Zukunft aufzustellen. Der Verein erwartet daher vom Parteitag, daß in Görlitz nur neue Richtlinien für den Tageskampf aufgestellt werden, die Formulierung der theoretischen Forderungen aber einer ruhigeren Zukunft vorbehalten bleibt.

Bezirksvorstand und Bezirksbeirat des Bezirksverbandes Groß-Thüringen: Der Bezirksvorstand und Bezirksbeirat des Bezirksverbandes Groß-Thüringen ist der Auffassung, daß der vom Parteivorstand veröffentlichte Entwurf zu einem Parteiprogramm auf dem Parteitag in Görlitz nicht angenommen werden kann. Der bekanntgegebene Entwurf ist vollständig unfertig, unklar und in keiner Beziehung übersichtlich und entspricht auch nicht voll und ganz den sozialdemokratischen Grundsätzen und der sozialistischen Auffassung, von denen die Arbeiter und Angestellten durchdrungen sind.

Der Bezirksvorstand und Bezirksbeirat fordern, daß der Programmentwurf nochmals an die Programmkommission zurückgegeben, dieselbe eventuell anders zusammengesetzt, damit bei neuen Beratungen den Auffassungen der Massen mehr Rechnung getragen wird.

Insterburg: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist in seiner gegenwärtigen Form zur Annahme nicht geeignet. Wir fordern, daß das neue Programm insbesondere enthalten muß: 1. Bekenntnis zum Klassenkampf; 2. klares Bekenntnis zur Sozialisierung; 3. klares Bekenntnis zur sozialistischen Republik; 4. ein eigenendes klares Agrarprogramm; 5. klare Stellungnahme zum Heerbann.

Aue i. Erzgeb.: (Entschliebung.) Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Aue i. Erzgeb. vom 3. August 1921 kann sich mit dem Entwurf zum Parteiprogramm nicht einverstanden erklären und verlangt: 1. im Entwurf eine schärfere Betonung der Notwendigkeit des Klassenkampfes; 2. textliche Abkürzung des Entwurfs und volle Klarheit der Sätze; 3. den so abgeänderten Entwurf einer gemeinsamen



Vorstandekonferenz der SPD. und USPD. vorzulegen, um die Wiedervereinigung beider Parteien auf dieser Grundlage vorzubereiten.

**Hamburg:** Die Einleitung des Parteiprogramms ist unter Verzicht auf einen allgemeinen theoretischen Teil wie folgt zusammenzufassen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystem durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgabe als unfähig erwiesen. In der kapitalistischen Welt herrscht, noch verschärft durch die unheilvollen Auswirkungen des Weltkrieges, die Tendenz, die wirtschaftliche Ungleichheit und damit die Klassengegensätze immer krasser zu steigern. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten stehen große mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber. Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die kapitalistischen Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt und zugleich alle im Volke vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aus- und Aufbau der Produktion zu höchster technischer Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Daher fordert die Sozialdemokratie:

Im Anschluß an diese Einleitung sind in knappster Formulierung die Forderungen der Partei aufzustellen, und zwar in folgenden Gruppen:

1. Wirtschaftspolitische Forderungen, worunter die Förderung des gemeinnützigen Genossenschaftswesens und der Schutz aller Erfinderrechte durch den Staat kräftig hervorzuheben sind.

2. Agrarfragen, wo an die Spitze der folgende Satz gestellt werden müßte: „Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet.“

3. Finanzen, wo nicht auf den Versailler Vertrag Bezug zu nehmen, sondern nur kurz zu sagen ist: „Für die Finanzpolitik des Reiches, der Länder und der Gemeinden fordert die Sozialdemokratie...“ und wo die Forderungen „Schonung des niedrigen Arbeitseinkommens“ an die Spitze zu stellen und eine entschiedene Ablehnung von indirekten Steuern auf unentbehrliche Lebensmittel aufzunehmen ist.

4. Verfassung und Verwaltung, worunter kurz zusammengefaßt die kommunalpolitischen Forderungen mit aufzunehmen sind.

5. Bevölkerungs- und Sozialpolitik, worunter zuerst die Forderungen für eine gesunde, dem sozialistischen Aufbau sich anpassende planmäßige Bevölkerungspolitik mit dem Ziel einer körperlichen und geistigen Erziehung des einzelnen wie der Gesamtheit aufzuführen und anschließend die veröffentlichten Forderungen des Entwurfs über Sozialpolitik, zu denen noch die Forderung „Ausgleichende Fürsorge für kinderreiche Familien“ aufzunehmen ist.

6. Beamtenrecht, worunter die im Entwurf aufgeführten Forderungen für die Beamten mit Ergänzungen, die sich aus Anträgen ergeben werden, aufzunehmen wären.

7. Gesundheitspflege, wie Entwurf.

8. Wohnungswesen, wo die zweimalige Forderung der Vergesellschaftung, die im grundsätzlichen Teil schon ausgesprochen ist, weggelassen müßte.

9. Rechtspflege, wo der Fassung des Entwurfs im Absatz „Zivilprozeß“ hinter „menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung“ die Worte „Belassung des Existenzminimums bei jeder Lohnbeschlagnahme“ und im Absatz „Strafrecht“ noch die „Straflosigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung in sozial und gesundheitlich begründeten Fällen“ als Forderung eingefügt werden müßten.

10. Kulturpolitik, worunter ganz neu ein Hauptabschnitt „Schule“ aufzunehmen wäre mit folgender Einleitung:

Um allen im Volke keimenden und aufstrebenden Kräften und Fähigkeiten freie und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu gewährleisten, fordert die Sozialdemokratie den einheitlichen Aufbau des gesamten Schulwesens nach dem Grundsatz: daß jedem Kinde der unentgeltliche gleiche Bildungsgang offen steht vom Kindergarten bis zur Universität. Im einzelnen fordert die Sozialdemokratie:...

Hierunter müßten die Forderungen gebracht werden, die von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer in Hamburg aufgestellt und dem Parteitage als Sonderantrag zum Programm eingereicht sind. Besonders betont werden müßte die Forderung „Umfassende Hilfe des Staates für die Kinder armer Eltern, um jede Behinderung im Aufstieg eines Kindes aus sozialen Gründen auszuschließen“.

11. Weltpolitik, Völkerrecht und Internationale. Unter diesem Schlußabschnitt müßte der leitende Gedanke der Außenpolitik der Sozialdemokratie wie folgt an die Spitze gestellt werden:

Die Herbeiführung und Erhaltung eines dauernden, von allen Völkern freiwillig anerkannten und geachteten Weltfriedens ist das oberste Ziel der Sozialdemokratie. Sie fordert aus diesem Grunde: 1. Ersetzung des Vertrages von Versailles durch einen wirklichen Friedensvertrag, der ohne Kränkung, ohne Willkürbestimmungen und ohne Beschränkung der Arbeit der besiegten Völker ist. 2. Gleichberechtigung aller Völker auf allen Meeren der Welt und allen Wasserstraßen, die die Meere verschiedener Länder untereinander verbinden. Offene Märkte für den Handel aller Völker in den Ländern und Kolonien der ganzen Welt.

Hier anschließend könnten die im Entwurf veröffentlichten Forderungen Gesetz werden, unter Streichung der „Internationalisierung der Wasserstraßen und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür“ in Ziffern 5 und 6 des veröffentlichten Entwurfs, da diese Forderungen in der beantragten Neufassung der Absätze 1 und 2 enthalten sind.

## 19. Schulforderungen,

ausgearbeitet von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Hamburgs.

### Schule und Erziehung.

Das Leben der Gesellschaft bewegt und gestaltet sich mit der Formentwicklung ihrer Wirtschaft. Die materielle und geistige Produktion entfesselt in mannigfaltiger Wechselwirkung die Gesamtkräfte ihrer Glieder. Dies Gesetz gilt auch für die Schule. Sie ist für die Jugend die Form der Arbeit im Dienste der Gemeinschaft, die des instinktsicheren, schöpferischen, verantwortungsbewußten Menschen bedarf.

Die Schule wird damit zu einem aufbauenden Gliede der sozialistischen Gesellschaft; sie ist nicht mehr Fremdkörper, sondern Wesensteil der Gesellschaft. Sie ist Lebensstätte der Jugend; sie unterbricht nicht die natürliche Entwicklung, sondern fördert sie; ihr oberstes Gesetz ist die

Unversehrtheit des Kindes. Sie ist nicht Werkzeug kirchlicher und politischer Parteien, dient nicht Dogmen und Programmen, ist nicht abhängig von Klassen und Ständen. In einheitlichem Aufbau vom Kindergarten bis einschließlich zur Hochschule dient sie der Gesamtheit des Volkes.

## Nächste Forderungen.

### Innere Schulgestaltung.

Entwicklung der Schule aus einer Unterrichtsanstalt zu einer erzieherischen Arbeitsgemeinschaft.

Bildung der Persönlichkeit durch die Gemeinschaft für die Gemeinschaft auf dem Wege produktiver, körperlicher und geistiger Arbeit.

Ausbau der Schule zu einem Haushalt mit eigener wirtschaftlicher und geistiger Bedürfnisbefriedigung.

Die Schule, einschließlich der Hochschule, als Arbeits-, Lehr- und Kulturstätte der Jugend mit ihren Lehrern und anderen zur Erziehung Berufenen (Handarbeitern, Künstlern) als Führern.

Erziehung zur Selbstregierung, Selbstauslese der Begabungen durch vielgestaltige Arbeit auf dem Gebiete des Erkennens, Gestaltens und Handelns.

Aufbau und Verzweigung des Schulwesens nach der Richtung, daß keine Begabung eine Schranke findet.

Ausbildung der besonderen Anlagen in freien, wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen Arbeitsgemeinschaften.

Beseitigung des Prüfungs- und Berechtigungswesens.

Verbindung der Kinderhilfe jeglicher Art mit der Schule.

Umgestaltung der Horte, Jugendheime, Waisenhäuser, Erziehungsanstalten (auch Gefängnisse) in Stätten helfender, fürsorgender und rettender Gemeinschaften.

### Einheitsschule.

Oeffentliche Kindergärten für das vierte bis sechste Lebensjahr, deren Besuch auf Anordnung der Jugendämter zur Pflicht gemacht werden kann.

Mindestens sechsjährige Grundschule.

Anschließend eine mindestens zweijährige Pflichtschule als Uebergang zur Berufs- und Fortbildungsschule bis zum achtzehnten Lebensjahre.

Sechsjährige Oberschule im Anschluß an die Grundschule. Möglichkeit von Uebergängen von einer Schulart zur anderen.

Hochschulen als Berufsschulen für besondere Begabungen und als wissenschaftliche Forschungsstätten.

Volkshochschulen als freie Arbeitsgemeinschaften zur Weiterbildung ohne Rücksicht auf Vorbildung zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Besondere Einrichtungen für körperlich, geistig oder sittlich abnorme Kinder.

Beseitigung des Schulgeldes, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Erziehungsbeihilfen, Freifahrten bei notwendigen Schulwegen und Schülerwanderungen, Verbot des Lohnabzugs für den Fortbildungsschulbesuch.

Weltliche (bekenntnisfreie) Schule.

Keine Trennung nach Glaubensbekenntnissen für Kinder und Lehrer, kein Religionsunterricht.

## Schulverwaltung.

Einheitliche Schulverwaltung für alle Schulgattungen nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung. Verantwortlichkeit des Lehrkörpers für die Arbeit jeder einzelnen Schule. Teilnahme der Eltern an der Arbeit der Schule. Verwaltung jeder einzelnen Schule durch Lehrkörper und Elternrat. Wahl der Elternräte durch die Elternschaft der Schule. Wahl des ehrenamtlichen Schulleiters durch den Lehrkörper und durch den Elternrat auf Zeit.

Bei Fach- und Berufsschulen Fachbeiräte, die von den entsprechenden Berufen gewählt werden. Wahl derselben durch die Berufsangehörigen. Mitwirkung der Schüler durch Schülerräte. Mitwirkung der Lehrer und Eltern auf allen Stufen der Schulverwaltung durch eine für alle Schulgattungen gemeinsame Eltern- und Lehrerkammer sowie durch gewählte Eltern und Lehrer bis zur Reichsschulbehörde und Reichsschulkammer hin. Schulaufsicht im Auftrage des Staates durch Schulfachleute. Berufung derselben durch staatliche Behörden unter Mitwirkung von Eltern- und Lehrerkammern.

## Lehrerbildung.

Ausbildung aller Lehrer auf der Hochschule. Abschaffung besonderer Lehrerbildungsanstalten.

Der Parteitag wolle beschließen, in das Parteiprogramm einzufügen: „Wir fordern Sozialisierung des Buchgewerbes und der Presse, insbesondere Trennung des Inseratenwesens von der Presse, Herausgabe besonderer Annoncenblätter im Staatsmonopol.“

Der § 5 des Erfurter Programms, der da heißt: „Abschaffung aller Gesetze, die die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen,“ ist in das neue Programm mit hinüberzunehmen.

Um das internationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und internationale Kongresse wirksamer zu gestalten sowie große Ersparnisse an Zeit und Kosten für Uebersetzungen zu machen, ist im Parteiprogramm die Einführung einer internationalen Hilfssprache zu fordern.

Unter Völkerbeziehungen ist nach „Nationaler Selbstbestimmung usw.“ aufzunehmen: „Revision aller umstrittenen und aller seit 1918 durch Machtspruch geregelten Staatsgrenzen durch Volksabstimmung nach Gemeinden, frei von jedem militärischen Druck und unter ausschließlich neutraler Leitung und Kontrolle. Wo die Verwirklichung des Abstimmungsergebnisses der einzelnen Gemeinden zur Bildung eingeschlossener fremdstaatlicher Gebiete (Enklaven) führen oder auf unverhältnismäßig große verkehrstechnische Hindernisse stoßen würde und die beteiligten Staaten sich nicht anderweitig einigen, Ziehung der Grenze nach dem Grundsatz, daß die nationalen Opfer zu beiden Seiten im ganzen gleich groß sind. Völkerrechtlicher Schutz aller verbleibenden nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit und im Sinne freier Selbstregierung und Selbstverwaltung. Parteifähigkeit aller demgemäß organisierten größeren nationalen Minderheiten vor dem internationalen Schiedshof.“

Breslau-Stadt: Der Parteitag möge als Aktionsprogramm beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die politische Organisation, in der die deutsche Arbeiterschaft der ganzen Welt ihre geschicht-

liche Sendung erfüllen und die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsform erkämpfen will. Die SPD. bekennt sich zu der Ueberzeugung, daß bei dem in den großen Industrieländern erreichten Stand der wirtschaftlichen Produktion der weitere gesellschaftlich notwendige technische Fortschritt und die Beteiligung jedes einzelnen am Arbeitsertrag der ganzen menschlichen Gesellschaft nur bei fortschreitender Vergesellschaftung der Produktionsmittel und bei völliger Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen erreicht werden kann. Die SPD. wird durch den Glauben geeint, daß nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung Freiheit jedes Einzelmenschen von wirtschaftlicher Ausbeutung und gesellschaftlichem Zwang und Verwirklichung der höchsten Kulturwerte gesichert werden kann. Sie ist sich bewußt, daß die Mittel zur Erreichung ihres Zieles immer wieder nachgeprüft und den Zeitumständen angepaßt werden müssen.

Angesichts der gegenwärtigen, durch den Weltkrieg und seine Nachwirkungen entscheidend beeinflussten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zeitlage erstrebt die SPD. zunächst die Erfüllung folgender Forderungen:

### Wirtschaftspolitische Forderungen

1. Sozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Konzentration genügend fortgeschritten ist (Kohle, Eisen, Kali, Elektrizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel). Hierfür Schaffung sich selbst verwaltender Körperschaften mit dem Zwecke der Steigerung der Produktion, unter Sicherung des Allgemeininteresses und bei wachsender Gewinnbeteiligung der Volksgesamtheit.

2. Uebernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die örtlich-monopolistischen Charakter tragen, durch die Kommunen, stärkere Mitwirkung der Verbrauchergenossenschaften bei der Verteilung der von den Kommunen zu bewirtschaftenden Bedarfsgüter.

3. Durchführung des Kasseler Agrarprogramms.

4. Verschärfte Ein- und Ausfuhrkontrolle.

### Sozialpolitische Forderungen.

1. Einheitliches Arbeitsrecht! Sicherung des verfassungsmäßig gewährleisteten Koalitionsrechtes in der weiteren Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung.

2. Schleunige Durchführung des das wirtschaftliche Rätssystem betreffenden Artikels der Reichsverfassung.

3. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Maßgebende Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Verwaltung.

4. Allgemeine Arbeitslosenversicherung.

5. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung durch allgemeine Krankenversicherung, Mutterschaftsversicherung, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

6. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Verbot der Erwerbsarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren in solchen Industriezweigen, in denen die Arbeit besonders gesundheitsschädlich ist. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.

7. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungs- und Siedlungswesens. Bekämpfung des Wohnungselends durch Beseitigung ungesunder Wohn-

stätten. Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht. Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von neuen Wohnungen mit Hilfe von Krediten des Reiches, der Länder und Gemeinden unter Verbilligung der Herstellung durch Betriebsleitung der Baugewerkschaften.

### Finanzpolitische Forderungen.

1. Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.
2. Besondere Besteuerung derjenigen Werte, die von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffen werden.
3. Weiterer Ausbau der Kapitalertrags-, der Nachlaß- und der Erbschaftssteuer. Umwandlung des Reichsnotopfers in eine jährliche Vermögensabgabe auf Grund des jeweiligen Vermögensstandes.
4. Abbau der indirekten Steuern auf lebenswichtige Gegenstände, sobald es die deutsche Finanzlage gestattet.
5. Allmählicher stufenweiser Abbau des Zinsfußes der Reichs-, Staats- und Gemeindeanleihen mit dem Ziele ihrer völligen Annullierung unter Schonung des arbeitsunfähigen Kleinrentnertums.
6. Fortschreitende Erfassung der Steuern an der Quelle.

### Innenpolitische Forderungen.

1. Eine einheitliche und unteilbare demokratische Republik mit voller Selbstverwaltung in Ländern, Landesteilen und Gemeinden in solchen Angelegenheiten, die nur regionale oder lokale Bedeutung haben.
2. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung einschränken oder unterdrücken.
3. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich oder privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
4. Abschaffung der Reichswehr, sobald durch eine internationale Rechtsordnung der Schutz der Landesgrenzen gewährleistet ist. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit allein durch die Polizeikräfte.
5. Durchführung der Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählten Volksvertretungen. Aufhebung der Bevorzugung der Juristen bei der Besetzung der höheren Verwaltungsposten. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrung. Ersetzung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik mißbrauchen, durch zuverlässige Republikaner.
6. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes in Strafsachen. Rechtsprechung in Strafsachen unter Mitwirkung vom Volke gewählter Richter in allen Instanzen. Berufung in Strafsachen. Abschaffung der Todesstrafe. Neuordnung des Miet- und Wohnungsrechtes. Begrenzung des Erbrechtes. Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitersekretäre im Zivilprozeß. Bessere Sicherstellung des Klagerechts der Armen.

### Völkerbeziehungen und Internationale.

1. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

2. Unterstützung aller Bestrebungen, die bereits unter den gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsformen den Gedanken der überstaatlichen Völkergemeinschaft vorzubereiten geeignet sind, Eintreten für einen Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt.

3. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes.

4. Ausbau des Völkerbundes. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

5. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.

6. Im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts nationale Selbstbestimmung der Völker.

7. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

8. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten, unter Ausschluß aller Geheimverträge.

9. Eine Handels- und Verkehrspolitik, die sich das Ziel der Wieder- einbeziehung der deutschen Volkswirtschaft in einen freien weltwirtschaftlichen Güteraustausch setzt.

## Kulturpolitische Forderungen.

### A. Für die Jugend-erziehung.

1. Einheitlicher Aufbau des Bildungswesens vom obligatorischen Kindergarten bis zur Hochschule. Sechsjährige Grundschule. Scheidung nach Begabungstypen. Kernunterricht und wahlfreie Kurse auf der Oberstufe.

2. Weiterzige Förderung aller Bestrebungen auf Erneuerung und seelische Vertiefung der Schule.

3. Weltlichkeit der staatlichen Schule.

4. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

5. Abschaffung der Schul- und Hochschulabschlußprüfungen. Statt dessen Zeugnisse über Charakter, Befähigung und Kenntnisse auf Grund des von den Lehrern in der gemeinsamen Arbeit mit den Schülern gewonnenen Gesamteindrucks.

6. Ausbau der Selbstverwaltung zur Schulgemeinde der Lehrer, Schüler und Eltern.

7. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke. Ausbau der gesundheitlichen Fürsorge für die Schuljugend.

8. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Verpflegung an den staatlichen Schulen. Heranziehung aller Staatsbürger zu den Schullasten durch eine progressive Schulsteuer.

9. Einheitlichkeit in Ausbildung und Besoldung der Lehrer an Volks-, Mittel- und höheren Schulen.

### B.

Ausbau der Volkshochschulen zu Arbeitsgemeinschaften, in denen der schulentwachsenen Bevölkerung Methoden und Ergebnisse der Wissenschaft volkstümlich vermittelt werden.

### C.

Religion ist Sache innerer Ueberzeugung, nicht Staatssache, nicht Parteisache. Trennung von Staat und Kirche.

Zwickau. Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist keine geeignete Grundlage zur Schaffung eines neuen Parteiprogramms.

Die Notwendigkeit gründlicher, eingehender Erörterungen und Diskussionen über das zu schaffende Parteiprogramm gebietet, die Beschlußfassung darüber auf den nächsten Parteitag zu vertagen.

Dessenungeachtet muß der Görlitzer Parteitag zur Befruchtung der abschließenden Programmarbeit die Programmfrage umfassend diskutieren und beschließen, daß unser neues Parteiprogramm enthalten muß:

1. Die Feststellung, daß uns der Sozialismus mehr ist, als eine nur ökonomische Angelegenheit, daß wir unter ihm die Gestaltung unseres gesamten sozialen Daseins verstehen, zu dessen Errichtung uns die sozialistische Gütererzeugung und -verteilung nur Voraussetzung, nicht Endzweck ist.

2. Das Bekenntnis zu der Notwendigkeit, im gleichen Maße für die Umstellung der ökonomischen Verhältnisse zu kämpfen und an der Erziehung des sozialistischen Menschen zu arbeiten.

3. Die Festlegung, daß jetzt die Verwirklichung des Sozialismus an Stelle der nunmehr verwirklichten politischen Demokratie zum ersten Angriffsziel in den Vordergrund getreten und die Demokratie nur noch Verteidigungsobjekt geworden ist.

4. Eine genaue Umschreibung des Weges, auf dem wir die Verwirklichung des Sozialismus erreichen wollen; dabei vor allem eindeutige Stellungnahme für die Sozialisierung und zu dem Wie der Sozialisierung.

5. Eine geschichtliche Begründung des Sozialismus.

6. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.

7. Ein klares Bekenntnis zum Klassenkampf.

Zwickau: Für den Fall, daß der Görlitzer Parteitag die Beschlußfassung über das neue Parteiprogramm vertagt, fordern wir, daß er der Partei ein durchschlagendes, kurzes Aktionsprogramm gibt, das unsere Gegenwartsaufgabe knapp und klar umschreibt und bis zur Fertigstellung unseres neuen Programms Geltung behält.

Breslau-Stadt: Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.

2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.

3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung.

Dresden: Der 5. Unterbezirk Dresden-Alstadt lehnt den vom Parteivorstand veröffentlichten Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm als gänzlich undiskutabel ab. Er ist zufolge seiner Unklarheit, Uneinheitlichkeit und Schwächlichkeit als Grundlage für weitere Erörterungen ungeeignet und entspricht nicht den sozialistischen Gesinnungen und Bestrebungen, die die sozialdemokratischen Massen beherrschen. Der Bezirk



fordert darum, daß der Parteitag die Zusammensetzung der Programmkommission ändert, indem er verschiedene Vertreter des entscheidenden Sozialisierungsgedankens in diese entsendet.

**Dresden:** Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist abzulehnen. Das Programm muß klar und bestimmt das Ziel unserer Bewegung, die sozialistische Lebensordnung, zum Ausdruck bringen. Zur Sozialisierung als das Entscheidende muß bestimmt Stellung genommen und dabei die Untersuchung und die Erfahrungen unserer Wirtschaftstheoretiker und Praktiker benutzt werden.

**Dresden:** Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist als undiskutabel abzulehnen. Das endgültige Programm muß enthalten: 1. Eine geschichtliche Begründung des Sozialismus und der Sendung der Arbeiterklasse. 2. Ein Bekenntnis zum Klassenkampf. 3. Eine klare Stellungnahme zu der Frage, welche Sozialisierungsmaßnahmen in Zukunft durchzuführen sind. Die Programmkommission ist diesen Forderungen entsprechend zusammenzusetzen. Dem Parteitag ist anheimzugeben, für die programmlose Zeit ein Aktionsprogramm zu schaffen.

In dem Programm muß klar und deutlich ausgedrückt sein, daß es Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist, den Klassenkampf des Proletariats zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten. Das ist die Grundidee unserer Partei, und wenn diese im Programm fehlt, ist jedes Parteiprogramm für uns unannehmbar.

Die Stellungnahme zu den schwebenden politischen Fragen gehört in ein Aktionsprogramm.

Deshalb fordern wir nochmalige, gründliche Durcharbeitung eines neuen Parteiprogramms, das neben seinem wissenschaftlichen Gehalt auch einen agitatorischen, die Massen überzeugenden Inhalt besitzen muß.

**Köln:** 1. Im grundsätzlichen Teile möge das neue Programm entsprechend dem Erfurter Programm den Klassenkampf ausdrücklich als Mittel und Weg zur Verwirklichung des Sozialismus bezeichnen. — 2. Die 11 Gruppen politischer Forderungen mögen in folgender logischer Reihenfolge aufgestellt werden: a) wirtschaftspolitische Forderungen unter Einschuß der Agrarfragen; b) sozialpolitische Forderungen: Arbeiterfragen, Gesundheitspflege, Wohnungswesen, Rechtspflege; c) kulturpolitische Forderungen: Erziehung, Schule, Jugendbewegung, Wissenschaft und Kunst, Stellung zur Religion; d) staatspolitische Forderungen: Verfassung und Verwaltung, Finanzen, Kommunalpolitik, Völkerbeziehungen und Internationale. — 3. Unter den Agrarfragen möge die Forderung der Vergesellschaftung des Grund und Bodens, sofern er kapitalistischer Ausbeutung dient, ausdrücklich an die Spitze gestellt werden. — 4. Absatz 4 des Abschnittes Kulturpolitik im vorliegenden Programm-entwurf möge folgende Fassung erhalten: Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache; nicht Staatssache. Deshalb Trennung von Staat und Kirche, Weltlichkeit der als Einheitsschule aufzubauenden Schule. Im übrigen Freiheit und Duldung für jede überkommene oder werdende Ueberzeugung.

**Unterbezirk Unterweser:** Im Programm ist unter Sozialpolitik aufzunehmen: Alle Arbeiter, die 25 Jahre Alters- und Invaliditätsmarken geklebt haben und 60 resp. 65 Jahre alt sind, sind auf ihren Antrag aus der Arbeit zu entlassen und dafür jüngere Kräfte einzustellen aus den Reihen der Erwerbslosen. Den Antragstellern ist zu ihrer Alters- bzw. Invalidenrente soviel Zuschuß aus einer dieser Versiche-

rungskassen zu gewähren, daß sie das Existenzminimum eines gewöhnlichen Arbeiters erreichen.

Marburg a. d. Lahn: Die am 17. Juli in Marburg a. d. Lahn zusammengekommenen Vertreter des Verwaltungsbezirks Marburg der SPD. (Bezirksverband Hessen-Nassau) richten an den Parteitag in Görtz das dringende Ersuchen, auf eine umwälzende Reform der Hochschulen in Volksuniversitäten hinzuwirken und auf dieses wichtige Kapitel bei der Neufassung unseres Parteiprogramms ein besonderes Augenmerk zu richten.

Halle a. d. S.: Der Ortsverein Halle der SPD. schließt sich dem Antrag der Breslauer Parteigenossen zum Programmentwurf in folgenden Forderungen an:

Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf zu einer sozialistischen umzuwandeln.

2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.

3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung.

In dieses Programm sind aus dem Erfurter die Teile zu übernehmen, die von der ökonomischen Entwicklung bestätigt oder unerschüttert sind.

Olching: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die Agrarfrage umgehend in Bearbeitung zu nehmen.

Königsberg i. Pr.: In dem Abschnitt Kulturprogramm ist der Satz einzufügen: Verbot alles Privatschulwesens.

Salzungen: Der Punkt 7 betr. Entschädigung bei Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum ist zu streichen und diese Frage den jeweiligen Machtverhältnissen zu überlassen.

Elberfeld: Folgende Forderung ist aufzunehmen: Kurzfristige Ermittlung des Index aller Bedarfsgegenstände durch die behördlichen Organe im Einvernehmen mit den Organisationen der Konsumenten und den Gewerkschaften zwecks Feststellung des Existenzminimums.

Gesetzliche Gewährleistung des Existenzminimums.

Der Punkt 7 ist zu streichen.

Weimar: Im Abschnitt „Völkerbeziehungen und Internationale“ erhält Punkt 8 folgende Fassung:

8. a) Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Heraufsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert, aber auch die Autorität des Völkerbundes gewährleistet. Notwendigkeit, um zu diesem Ziele zu gelangen, ist die Abschaffung der stehenden Heere, ihr Ersatz durch Volkswehren. Erziehung der nationalen Wehrmacht zur Erfüllung der Aufgaben des internationalen Rechts und zum Schutze der inneren Sicherheit. Körperliche Ausbildung der Jugend zur Wehrhaftigkeit unter Ausschaltung des Haß- und Rachegeistes.

Elberfeld: Der letzte Teil des Punktes 9 von dem Worte „Sicherstellung“ ab ist zu streichen und an dessen Stelle die Worte zu setzen: „Sicherstellung der Existenz gewährleistet“.

Chemnitz: Der Parteitag wolle beschließen, darauf hinzuwirken, daß auch in Deutschland ein Reichsferiengesetz für alle Arbeitenden geschaffen wird und daß diese Forderung mit in das neu zu schaffende Aktionsprogramm aufgenommen wird.

**Elberfeld:** Zum Programmentwurf ist unter „Völkerbeziehungen unter Internationale“ folgender Passus einzufügen: „Internationale Regelung der Rohstoffverteilung nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit und nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfs in Industrie und Landwirtschaft.“

**Aachen:** Für die Uebergangszeit ist ein Aktionsprogramm zu schaffen, das der heutigen Zeit in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung Rechnung trägt.

**Unterbezirk Göttingen:** Das neue Programm der Partei ist nach seiner endgültigen Fassung als Flugblatt in ganz Deutschland zu verbreiten.

**Aachen:** Der Parteitag bestimmt eine Kommission, welche ein Programm ausarbeitet, das den revolutionären Gedanken wie die Weiterführung des Klassenkampfes in sich birgt.

**Poppenbrügge-Meimersdorf:** Der Parteitag möge den neuen Programmentwurf ablehnen und dafür ein neues revolutionäres Programm, das das arbeitende, schaffende Proletariat in seinem schweren Lebenskampfe mit aller Kraft verteidigt und die SPD. zur wirklichen Kampforganisation ausgestaltet, schaffen.

**St. Ingbert (Saargebiet):**

1. Aus der Erwägung, daß das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands klar und deutlich und daher kurz sein soll, wolle sich der Parteitag auf einen Entwurf festlegen, der für jedes Gebiet als ersten Punkt das Ziel aufstellt. Diesem Ziele eine kurze Erläuterung vorzuschicken, ist durchaus angebracht.

Die anderen Punkte sollen Wege und Richtlinien darstellen, die bis zum endgültigen Ziele beschritten werden müssen.

Die dem Programmentwurf des Ausschusses vorangehenden grundsätzlichen Anschauungen fallen als selbstverständlich fort.

Der Parteitag beschließt dafür die Herausgabe eines ausführlichen Kommentars.

2. Zum Abschnitt Wirtschaftspolitik wolle der Parteitag folgende Fassung beschließen:

a) Punkt 1 des Entwurfs des Ausschusses.

b) Ziel: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt die Ueberführung aller Produktionsmittel in den Besitz und Genuß der Allgemeinheit, eine gerechte Einkommen- und Güterverteilung und stellt den Grundsatz auf, daß jeder Volksgenosse ein Recht auf Arbeit hat.

c) Wege und Richtlinien: Staatliche Kontrolle aller Erwerbsunternehmungen und kapitalistischen Interessengemeinschaften durch Gewinn- und Aufsichtsbeteiligung des Staates, der Allgemeinheit.

Demokratisierung der Wirtschaft durch Ausbau des Betriebs- und Wirtschaftsrätewesens.

Absatz 4, Punkt 6 des Entwurfs.

Punkt 7 des Entwurfs.

3. Zum Abschnitt Agrarfragen beantragen wir folgende Fassung:

a) Ziel: Zwecks Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und

Beseitigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenspekulation fordert die Sozialdemokratische Partei:

Verstaatlichung des Großgrundbesitzes oder Aufteilung und planmäßige Kleinsiedlung,

Vergesellschaftung alles Grund und Bodens und dessen Abgabe in Erbpacht.

b) Wege und Richtlinien:

Punkt 7 und Punkt 6 des Ausschußentwurfs.

Punkt 8 des Ausschußentwurfs.

Punkt 9 des Ausschußentwurfs.

Punkt 1, Absatz 1 des Ausschußentwurfs.

Punkt 3 des Ausschußentwurfs.

4. Zum Abschnitt Verfassung beantragen wir:

a) Ziel: Errichtung der sozialistischen Republik.

b) Wege und Richtlinien: Entwurf des Ausschusses.

5. Zum Abschnitt Kommunalpolitik: Artikel III, Schulwesen, fällt fort.

6. Zum Abschnitt Sozialpolitik wolle der Parteitag beschließen: Insbesondere fordern wir: 4. Errichtung von Arbeitskammern, die den Arbeiterschutz durchzuführen haben ... usf. wie Entwurf.

7. Zum Abschnitt Rechtspflege beantragen wir: Streichung der Worte „und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe“ unter Kapitel Strafrecht.

8. Der Parteitag wolle zum Abschnitt Kulturpolitik folgende Fassung beschließen:

I. Ziel: Die SPD. erkennt an, daß die soziale Frage nicht nur eine materielle Seite hat, sondern auch eine ideelle, daß nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die geistige Emanzipation der Arbeiterklasse erreicht werden muß. Sie fordert daher gleiche Bildungsmöglichkeit für jedermann.

II. Wege und Richtlinien:

a) Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung ist anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

Das Ziel der Erziehung ist der soziale Mensch, die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft.

Mittel aller Erziehung ist selbstgestaltendes Gemeinschafts- und Arbeitsleben. Dieses ist die Schule einer alles umfassenden Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

Neben dem einheitlichen Bau ... usf. wie Entwurf.

b) Jugendhilfe, wie Entwurf.

c) Jugendbewegung, ist anzufügen: „Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.“

d) Religion, wie Entwurf.

e) Kunst und Wissenschaft sind für Volk und Menschheit von größter Bedeutung und werden mit allen Mitteln gefördert.

9. Zum Abschnitt Völkerbeziehung und Internationale bitten wir dem Punkte 4 folgende Fassung zu geben: „Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit eines wahren Völkerbundes, freie Erde, freie Meere und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für die ganze Welt.“

Bei Punkt 8 Streichung des Satzes: „Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.“

H a n a u : Der erste Absatz des Programms ist wie folgt zu fassen:

Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei der Arbeiterklasse und vertritt alle Kreise des arbeitenden Volkes, die erkannt haben, daß die jetzige kapitalistische Wirtschaft durch die sozialistische Wirtschaft überwunden werden muß.

In der jetzigen Wirtschaft sind die Großkapitalisten, d. h. die Besitzer der großen Güter und Miethäuser, Bergwerke und Fabriken sowie die Bank- und Handelsfürsten nicht nur die Herren der wichtigsten Arbeitsmittel, Roh- und Hilfsstoffe, sondern haben damit auch in ihrer wirtschaftlichen Gewalt die große Masse des arbeitenden Volkes und beuten es rücksichtslos aus. Aus dieser Ausbeutung kann sich das arbeitende Volk nur dadurch befreien, daß es die großkapitalistischen Arbeitsmittel, Roh- und Hilfsstoffe in gesellschaftliches Eigentum überführt und die gemeinsame Arbeit nach dem Willen und zum Wohl der Gesamtheit regelt. Auf diese Weise wird die Arbeit, werden Gütererzeugung, Handel und Verkehr und wird das arbeitende Volk erst in Wahrheit frei; jeder kann seine ganze Kraft zugleich zum eigenen Nutzen und zum Wohle der Gesamtheit einsetzen; er leistet sein Höchstes im Dienste für die Gesamtheit und hat dementsprechend seinen vollen Anteil an dem Ertrage der gemeinsamen Arbeit; er erhebt sich, getragen von der Entwicklung der Gesamtheit, aus wirtschaftlicher und geistiger Not auf die Höhe angemessener Versorgung für jeden und allgemeinen Wetteifer in Bildung und Gesittung: diese Gemeinwirtschaft ist die sozialistische Wirtschaft.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Kräfte des arbeitenden Volkes in seinem Klassenkampf zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaft zu vereinigen und einzusetzen, um immer mehr die Gesetzgebung und Verwaltung zu beeinflussen und das arbeitende Volk mit dem sozialistischen Geiste zu erfüllen, mit dem Geiste zu fühlen, zu denken und zu handeln: einer für alle und alle für einen.

S t e t t i n . Der Parteitag wolle weiter beschließen: Der von der Kommission vorgelegte Programmentwurf ist zur Annahme noch nicht reif. Er wird deshalb an die Kommission zurückgegeben zur nochmaligen gründlichen Durchberatung und Abänderung.

K o r e l l : Im Abschnitt Sozialpolitik des Parteiprogramms ist voranzustellen: Ausbau, Ueberwachung und Durchführung der Sozialgesetze unter Mitwirkung aller Bevölkerungskreise. Ausbau der vorbeugenden Fürsorge. Aufgehen aller Sozialversicherungen in eine staatliche Fürsorge.

H ö f s : Der äußerste Absatz des allgemeinen Teiles möge lauten: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsstufe für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Zweck dieser Gemeinschaft ist Hebung, Schutz und Förderung der Menschenleben, ist das Recht aller an den Kulturgütern. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre ernste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.

Darauf folgen die übrigen Absätze des allgemeinen Teiles unverändert.

Dann die wirtschaftlichen Forderungen unverändert.

Dann die landwirtschaftlichen Forderungen unverändert bis zum 5. Absatz. Darauf möge folgen:

Die Erstrebung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hat den Zweck, eine zielbewußte, planmäßige, alle umfassende Menschenökonomie zu ermöglichen. Der Mensch darf nicht Mittel zum Zweck der Güterproduktion sein. Die Güterproduktion ist Mittel zum Zweck der Menschenökonomie. Unter dem Grundsatz der Menschenökonomie werden in der sozialistischen Wirtschaft die Ausgaben für Sozialpolitik, Sozialhygiene und Kulturpolitik zu den Betriebskosten der Gemeinwirtschaft zu rechnen sein. Darum fordert die Sozialdemokratische Partei:

In dem Abschnitt: „Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik“ möge es im ersten Absatz so heißen:

Ein einheitliches Arbeiterrecht auf den Grundlagen wirksamer Arbeiterschutzbestimmungen. Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb. Einheitliche, durch die Einführung der Arbeitslosen- und Familienfürsorge, der Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaut soziale Versicherung.

Darauf folgen die übrigen Absätze der sozialpolitischen Forderungen unverändert. Es folgt dann:

Gesundheitspflege unverändert.

Wohnungswesen unverändert.

Kulturpolitik unverändert.

Rechtspflege unverändert.

Reichsfinanzen unverändert.

Ausbau der Verfassung unverändert.

Demokratisierung der Verwaltung unverändert.

Beamten des Reiches unverändert.

Kommunalpolitik unverändert.

Völkerbeziehungen und Internationale unverändert.

Aachen: Der neue Programmentwurf ist abzulehnen, weil seine Durchführbarkeit im Sinne des Sozialismus unmöglich ist.

Stettin: Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Kommission vorgelegte Programmentwurf ist zur Annahme noch nicht reif. Er wird deshalb an die Kommission zurückgegeben zur nochmaligen gründlichen Durchberatung und Abänderung.

Frankfurt a. M.: Der Parteitag lehnt eine Beratung des vom Parteivorstand vorgelegten Programmentwurfs ab. \*)

Limbach i. Sa.: Ueber den Programmentwurf wird nicht verhandelt. Der Parteivorstand wird beauftragt, den Entwurf als völlig ungeeignet zurückzuziehen. \*)

Chemnitz: Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, die Annahme des veröffentlichten neuen Programms bis zum nächsten Parteitag zurückzustellen und den Parteigenossen und -genossinnen dadurch eine ausgiebige Gelegenheit zu geben, das neue Parteiprogramm zu diskutieren.

Breslau-Stadt: Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist in seiner gegenwärtigen Form nicht zur Annahme geeignet und hat daher nur als Grundlage für die weitere Beratung der Programmfrage bis zum nächsten Parteitag zu dienen.

\*) Diese Anträge wurden nicht genügend unterstützt.

**Mainz:** Der Parteitag wolle beschließen, die Beschlußfassung über den Programmentwurf auf ein Jahr zu verschieben und den neuen Entwurf mindestens ein Vierteljahr vor der Beratung zu veröffentlichen. Für den Uebergang sind Richtlinien eines Aktionsprogramms festzusetzen.

**Wiesbaden:** Der Parteitag beschließt, der Programmentwurf ist von der Tagesordnung abzusetzen. Ein neuer Entwurf in klarer Fassung des sozialistischen Gedankens ist rechtzeitig, mindestens vier Monate vor dem nächsten Parteitag, in der Gesamtpartei zur Aussprache zu stellen. \*)

**München:** Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, Punkt 5 der Tagesordnung „das Programm“ von der Tagesordnung des Parteitages abzusetzen, um der Parteimitgliedschaft Gelegenheit zu geben, bis zum nächsten Parteitag den Programmentwurf gründlich erörtern zu können, was bei der Kürze der Zeit in diesem Jahre nicht möglich war. \*)

**Segeberg:** Das Erfurter Programm nicht früher zu ändern, bis eine Einigung zwischen der SPD. und USPD. stattgefunden hat.

**Forst i. L.:** Der Parteitag möge beschließen, von einer Verabschiedung des vom Parteivorstand vorgelegten Programmentwurfs Abstand zu nehmen und die Programmrevision auf ein Jahr zurückzustellen. Inzwischen hat sich die Taktik der Partei in der Tendenz der Errichtung und Konsolidierung eines republikanischen Blocks vom Zentrum bis zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu bewegen. Auf die Bildung politischer Arbeitsgemeinschaften der SPD.- und USP.-Organisationen soll auf der Grundlage prinzipieller Anerkennung der demokratischen Republik als der für Erringung der proletarischen Vorherrschaft einzig geeigneten Staatsform überall hingearbeitet werden.

**Aschaffenburg:** Der Parteitag wolle beschließen, ein neues Parteiprogramm noch nicht endgültig zu verabschieden, sondern zunächst die Einigung zu versuchen und durchzuführen und sich dann ein gemeinsames sozialdemokratisches Programm zu geben.

**Frankfurt a. M.:** Der Parteitag wolle über die beantragte Aenderung des Programms zur Tagesordnung übergehen, da für die Beratung nicht die geeignete Zeit vorhanden und auch der Einigung der Arbeiterschaft schädlich ist. \*)

**Frankfurt a. M.:** Die Programmrevision ist so lange zurückzustellen, bis entweder die Einigung mit der USP. erfolgt ist oder sich herausgestellt hat, daß die USP. zur Einigung auf obiger Grundlage nicht zu haben ist, mindestens aber auf ein Jahr.

## **„Das Parteiprogramm und der Bericht der Programmkommission“**

Das Wort erhält Löbe-Berlin.

**Löbe-Berlin:** Die Achtundzwanziger-Kommission hat mich beauftragt, Ihnen das Ergebnis ihrer Arbeiten mitzuteilen, das in dem aus einem theoretischen Teile und den Spezialforderungen bestehenden Programm vorliegt. Der theoretische Teil ist mit 24 gegen 2 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen worden, der ganze Entwurf in einer nochmaligen Gesamtabstimmung mit allen gegen 2 Stimmen.

Wenn es uns möglich war, Ihnen nach viertägiger Arbeit diesen Entwurf vorzulegen, dann nur, weil wir auf der Arbeit aufbauen konnten,

\*) Diese Anträge wurden nicht genügend unterstützt.